

# Pedrazzini: «Nun bin ich gespannt, ob und welche anderen Vorschläge kommen»

**Interview** Kurz nachdem klar war, dass die Initiative «Familie und Beruf» an der Urne gescheitert ist, hat Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini einen neuen Vorschlag präsentiert - er will das Kindergeld erhöhen. Was er sich davon erhofft und welche Schlüsse er aus der Abstimmung zieht, erklärt er im Interview.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Herr Regierungsrat, das Volk hat der Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer eine überdeutliche Abfuhr erteilt. Welche Schlüsse ziehen Sie aus diesem Volksentscheid?

**Mauro Pedrazzini:** Es gab auch in dieser Diskussion ein Gegeneinander des sogenannten «traditionellen» Familienmodells und des Familienmodells, in dem die Frau erwerbstätig ist. Das finde ich schade, zumal die Realität diese Diskussionen zusehends einholt. Es wird nämlich immer weniger das «Entweder-oder» sondern viel mehr das «Sowohl-als-auch» gelebt. In praktischer Hinsicht ziehe ich aus dem Resultat den Schluss, dass die Reserven und Überschüsse der FAK nicht der Wirtschaft oder den Kitas zugutekommen sollen, sondern ausschliesslich den Familien.

**Was heisst das nun für Sie konkret?** Die Vernehmlassungsvorlage zur Kita-Finanzierung, welche uns einiges an Zeit und Arbeit gekostet hat, dürfte damit gestorben sein. Sie sah einen finanziellen Beitrag der FAK und der Gemeinden vor. Heute stellen die Gemeinden die Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung. Der finanzielle Gemeindebeitrag hätte nur funktioniert, wenn alle Gemeinden mitgemacht hätten. Aus der Vernehmlassung ging aber klar hervor, dass einige Gemeinden diesen Vorschlag ablehnen. Mit der Volksabstimmung ist nun auch aus dem Beitrag der FAK nichts geworden und so beschränkt sich die Aufgabe im Bereich der Kita-Finanzierung darauf, die Mittel aus der Staatskasse gerechter zu verteilen. Dafür braucht es keine Gesetzesänderungen, die gesetzlichen Grundlagen dafür sind schon vorhanden.

**Wie gedenken Sie diese Neuverteilung anzugehen?** In der Vernehmlassungsvorlage wurde vorgeschlagen, die Subventionen nicht nach Plätzen, sondern nach effektiv erbrachter Betreuungsleistung zu verteilen. Prioritär werden wir diesen Weg weiterverfolgen.



Mauro Pedrazzini: «Ich habe meine Meinung zur Initiative immer deutlich gesagt (...) Ich sah mich aber nicht in der Pflicht, eine Kampagne für die Initiative zu fahren. Schliesslich hatte ich mit der Vernehmlassungsvorlage eine eigene Lösung erarbeitet.» (Foto: Michael Zanghellini)

Das heisst, dass dieselbe Summe auf mehr Betreuungsleistung verteilt werden muss. Die Neuregelung der Kita-Finanzierung habe ich immer unter der Prämisse gesehen, dass die staatlichen Gelder in Summe nicht höher sein sollten als heute.

**Das heisst also, dass mit steigenden Elternbeiträgen gerechnet werden muss?**

Ja, davon ist auszugehen. Im Budget schlägt die Regierung vor, im nächsten Jahr denselben Betrag für die Subventionierung der Kita zu verwenden wie in diesem Jahr. Vielleicht wird die Höhe des Betrags bei der Behandlung des Budgets in der November-Sitzung des Landtags nochmals diskutiert werden. Es ist für mich jedoch unwahrscheinlich, dass eine Erhöhung in dem Ausmass gesprochen wird, dass alle Kitaplätze im selben Ausmass gefördert werden können wie bis anhin.

**Sie haben vorgeschlagen, das Kindergeld zu erhöhen, soll das eine Kompensation sein für möglicherweise steigende Elternbeiträge?**

Ja, so kann man das auch sehen. Mein Vorschlag ist es, das Kindergeld zu erhöhen, wobei die Erhöhung wahlweise in einem höheren Betrag im ersten Lebensjahr oder in einem kleineren Betrag über die ganze Anspruchsdauer bezogen werden kann. Ob damit betragsmässig die Erhöhung des Elternbeitrags

«Das heisst, dass wir dieselbe Summe auf mehr Betreuungsleistung verteilen müssen. (...) Es ist davon auszugehen, dass die Elternbeiträge steigen werden.»

genau kompensiert werden kann, hängt von den konkreten Umständen ab, also wie viele Tage pro Woche die Kita benötigt wird und wie hoch das Haushaltseinkommen ist. Im Rahmen der Vernehmlassung zum Regierungsvorschlag hat unsere Partei gefordert, dass die Elternbeiträge von subventionierten Kitas einkommensabhängig ausgestaltet werden

sollen, und dass hohe Einkommen für die gesamten Gestehungskosten aufkommen müssen. Wir werden die Umsetzung dieser Forderungen im Rahmen der Neuverteilung der Staatsbeiträge sicher prüfen.

**Der Vorschlag der Kindergelderhöhung erntet aber auch viel Kritik. Es sei eine Giesskannenpolitik und zudem müssen Gelder exportiert werden, was nicht sinnvoll sei.**

Kindergeld war immer schon Giesskanne, jedes Kind ist gleich viel wert. Ich werde aber sehr oft mit der Frage konfrontiert, ob man das Kindergeld nicht einkommensabhängig gestalten könne. Es genügt dafür aber nicht, nur auf den Lohnzettel zu schauen, sondern es müsste das Haushaltseinkommen erfasst werden und das ist insbesondere bei den vielen Grenzgängern bürokratisch ein riesiger Aufwand. Den Export kann man von zwei Seiten sehen. Da die Hälfte der Arbeit-

nehmer Grenzgänger sind, ist jeder Franken nur 50 Rappen wert. Das ist die negative Seite. Andererseits werden durch eine Erhöhung des Kindergelds in dieser speziellen Art die Arbeitsplätze in Liechtenstein attraktiver. Das erhöht die Chancen am Arbeitsmarkt für unsere Unternehmen. Das ist die positive Seite.

**Ihnen wird vorgeworfen, sich nicht genügend für die Initiative engagiert zu haben, was sagen Sie zu diesem Vorwurf?**

Ich habe meine Meinung zur Initiative immer deutlich gesagt: Die Lösung mit dem Mutterschaftstaggeld fand ich schlecht, den Beitrag der FAK an die Kita-Finanzierung fand ich gut. Insgesamt überwogen für mich die Vorteile. Ich sah mich aber nicht in der Pflicht, eine Kampagne für diese Initiative zu fahren. Schliesslich hatte ich mit der Vernehmlassungsvorlage eigene Lösungen für das Problem der Ungleichbehandlung und Finanzierung der Kitas erarbeitet.

**Es ist Wahlkampf. Wie soll es mit der Familienpolitik nun weitergehen? Herrscht jetzt Stillstand bis nach den Wahlen?**

Der Wahlkampf ist für mich auch ein Wettbewerb um die besseren Ideen und ich denke, dass die Familienpolitik einen hohen Stellenwert in diesem Wahlkampf einnehmen wird. Ich habe mit einem konkreten Vorschlag den Hut in den Ring geworfen. Nun bin ich gespannt, ob und welche anderen konkreten Vorschläge kommen. Ich denke, es lohnt sich, dieses Thema innerhalb der Parteien und im politischen Wettbewerb zu bearbeiten. Meines Erachtens ist die Herstellung einer für Eltern und Kinder

vorteilhaften Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine der zentralen gesellschaftlichen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte. Es gibt eine ganze Menge praktischer Hürden. Im Mittelpunkt sollten aber die Wünsche und Bedürfnisse der Eltern und Kinder stehen und weniger weltanschauliche Fragestellungen.

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

**SCHAAN** Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



fern/vorfern

GESTERN/VORGESTERN

VERGLECHA MET HÜR HÄT 'S FERN VIEL MEEH ÖPFEL KA UND VORFERN SINS NO MEEH GSI.

(QUELLE: NORBERT BATLINER, NENDELN)

Was stimmt? Eine Rubrik der FBP

## Hasler: «Unternehmen zahlen sehr wohl Steuern»

**Nachgefragt** Immer wieder wird an Stammtischen und in den Leserbriefspalten behauptet, dass grosse Unternehmen keine Steuern zahlen oder zumindest deutlich weniger als KMU oder Privatpersonen. Von offizieller Seite wird dies vehement verneint. Was stimmt denn nun?

**Adrian Hasler:** Die Unternehmen haben im letzten Jahr rund 230 Mio. Franken an Steuern bezahlt. Damit ist die Ertragssteuer der grösste Einnahmeposten unseres Staatshaushalts. Ein Blick in die Steuerstatistik 2015 zeigt, dass rund 100 Unternehmen etwa zwei Drittel dieser Ertragssteuern bezahlen. Es kann also keine Rede davon sein, dass grosse Unternehmen keine Steuern bezahlen. Zudem haben wir in dieser Legislaturperiode einige notwendige Korrekturen bei der Unternehmensbesteuerung umgesetzt, die zu Mehreinnahmen führen.

Grundsätzlich bemisst sich die Ertragssteuer am Gewinn eines Unternehmens. In Krisenjahren, wie sie auf die grosse Finanz- und Immobilienkrise 2008 folgten, erwirtschafteten viele Unternehmen deutlich geringere Gewinne, einige machten sogar Verluste. Auch der starke Schweizer Franken bereitete vielen Unternehmen Schwierigkeiten. Dies führte logischerweise zu Einbrüchen bei den Ertragssteuern. Mittlerweile ist die Krise aber überstanden und die Einnahmen fliessen wieder. Vom Unternehmensgewinn kann zur Berechnung der Ertragssteuer ein Prozentsatz des Eigenkapitals in Abzug gebracht werden. Die Modalitäten zur Berechnung dieses Abzuges wurden in dieser Legislaturperiode so verändert, dass deutlich weniger abgezogen werden darf und dadurch die Ertragssteuer höher ausfällt. Damit wurde eine Steuererhöhung für Unternehmen umgesetzt. Weitere Steuererhöhungen für Unternehmen sind derzeit nicht geplant.



In dieser Legislatur wurden die Steuern für Unternehmen bereits erhöht, eine weitere Erhöhung plant Regierungschef Adrian Hasler nicht. (Foto: vsgr)

**FBP**

**Viel erreicht. Viel vor.**

In dieser Rubrik beantwortet die FBP Fragen, die von der Bevölkerung an sie herangetragen wurden.